

Klimawandel und Alpenkonvention

von Marco Onida

Der Klimawandel wird durch menschliche Aktivitäten beschleunigt. Dieses Bewusstsein ist weit verbreitet und mögliche Aktionen zur Vermeidung und Anpassung stehen auf dem Programm mehrerer Entscheidungsträger auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene.

Die Folgen des Klimawandels sind jedoch nicht gleichmäßig verteilt. Einige Gebiete sind verletzlicher als andere und zu den anfälligsten Gebieten zählen bestimmt die Alpen.

Die Gletscher schmelzen heute schneller als in den letzten 5000 Jahren.

Im Aostatal, am Fuße des Montblanc, haben die Gletscher seit 1820 50 % ihrer Fläche verloren und in den letzten 23 Jahren sind sie um ganze 16 Prozent geschmolzen.

Bis 2050 wird es die Hälfte aller Gletscher der Schweizer Alpen nicht mehr geben. Die Schneemenge und ihre Dauer sind deutlich zurückgegangen. Eine große Anzahl an Tier- und Pflanzenarten sind durch den beschleunigten Klimawandel vom Aussterben bedroht.

Die Auswirkungen auf den Permafrost werden schon seit geraumer Zeit dokumentiert, aber dieses Thema steht erst seit kurzem auf der Tagesordnung der politischen und administrativen Entscheidungsträger, weil das Risiko zunehmender Naturgefahren erkannt wurde.

Das Klima wandelt sich und somit auch das Gebiet der Alpen. Praktisch ist jedoch jede Aktivität in den Alpen eng mit dem Territorium verbunden. Wintertourismus, Verkehr, Energieerzeugung, Landwirtschaft, Wälder -um nur einige Beispiele zu nennen: in all diesen Bereichen sind die Auswirkungen des Klimawandels deutlich spürbar und die damit verbundenen Kosten steigen.

Seit 1991 haben die Regierungen der Alpenstaaten die Alpen mit einem besonderen Schutzinstrument ausgestattet: dem Übereinkommen zum Schutz der Alpen: ein multilateraler Rahmenvertrag und acht Durchführungsprotokolle. Zwei der themenspezifischen Protokolle der Alpenkonvention: "Bergwald" und "Energie" sprechen direkt das Thema des Klimawandels an. Andere Protokolle, wie das über "Verkehr" verfolgen Ziele, die zur Reduktion der Treibhausgasemissionen beitragen könnten. Klimawandel gehört somit zur ausdrücklichen Strategie der Alpenkonvention.

Das mehrjährige Arbeitsprogramm der Alpenkonferenz hat den Klimawandel zu einer seiner Prioritäten für den Zeitraum 2005-2010 gemacht. Mit dem Ziel diese politischen Verpflichtungen auch umzusetzen, hat die 9. Alpenkonferenz in Alpbach / Tirol im November 2006 eine Deklaration zum Klimawandel (s. Kasten) verabschiedet und beschlossen, dass ein Aktionsplan mit alpenspezifischen Handlungsempfehlungen erstellt werden soll.

Es handelt sich also um eine der gegenwärtigen Aufgaben des Ständigen Sekretariats der Alpenkonvention, zusammen mit den Vertragsparteien. Die Annahme eines solchen Aktionsplans stellt eine große Herausforderung dar, aber auch eine Gelegenheit für die Alpenkonvention, konkrete Zeichen zu setzen.

Der Aktionsplan ist zur Zeit in Vorbereitung, man könnte jedoch insbesondere zwei Hauptaktivitäten der Alpenkonvention erwähnen, deren Entwicklung, Inhalte und Anwendung durch diesen Plan beeinflusst werden können:

1. Wissen und Information:

Man bezieht sich auch auf die Verbreitung von Wissen in der ansässigen Bevölkerung und auf das Wissen über die Auswirkungen der Klimaänderungen, und nicht nur auf die wissenschaftlichen Kenntnisse, und über die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um deren Folgen zu mindern. In diesem Zusammenhang hat die Alpenkonvention eine Internetsuche gestartet, um *good practices* zum Klimawandel in den Alpen zu sammeln. Diese *good practices* wurden im Rahmen eines internationalen Seminars für lokale und regionale Gebietskörperschaften am 5. und 6. Dezember dieses Jahres vorgestellt und diskutiert. Es gibt bereits viele gute Ideen und Beispiele, die jedoch besser im gesamten Alpenraum verbreitet werden könnten. Dieses Ziel verfolgt auch das Alpenbeobachtungs- u. Informationssystem, welches wir dabei sind aufzubauen. Ferner wird der zweite Alpenzustandsbericht zum Thema Wasser – zur Zeit in Vorbereitung – große Aufmerksamkeit auf den Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Wasserressourcen lenken. Auch der erste Alpenzustandsbericht zum Thema Verkehr befasste sich indirekt mit dem Klimawandel.

Außerdem sollte man auch das Interesse der Alpenkonvention für das Interreg Projekt Climchalp erwähnen, in dem Bayern Lead-Partner ist.

2. Partizipation:

Die Alpenkonvention sieht eine weitgehende Partizipation von *stakeholders* an ihren Organen vor: die Alpenkonferenz selbst, der Ständige Ausschuss, der Überprüfungsausschuss, die Arbeitsgruppen und Plattformen. Als Beispiel könnte man die unter deutschem Vorsitz geführte Plattform "Ökologischer Verbund" nennen, die aus Vertragsparteien der Alpenkonvention, NGO's und Experten zusammengesetzt ist. Diese direkte Verbindung zwischen Regierungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen schafft einen wirklichen Mehrwert für die Alpenkonvention.

Das Ziel der Partizipation wird auch durch enge Zusammenarbeit mit bestehenden Netzwerken verfolgt, wie zum Beispiel mit dem Gemeinденetzwerk "Allianz in den Alpen" und dem Netzwerk Alpiner Schutzgebiete "ALPARC", dessen Task Force Schutzgebiete 2006 an das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention angegliedert wurde. Der Beitrag, den diese institutionellen Verknüpfungen zum Erfolg und einer besseren Umsetzung staatlicher Maßnahmen leisten können, ist von unumstrittener Bedeutung.

Abschließend dürfte man nicht vergessen, dass die Alpenstaaten entweder Mitglieder der EU sind oder in enger Verbindung zu ihr stehen (die CH, FL, Monaco). Dies bedeutet, dass europäische Politik einen direkten und wesentlichen Einfluss auf die Alpen hat. Die Alpen jedoch, – mit ihren zirka 13 Millionen Einwohnern – werden in den europäischen Entscheidungsprozessen nicht immer ausreichend berücksichtigt (im Gegensatz, zum Beispiel, zu den Küstengebieten). Die EU verfolgt eine Seepolitik, aber keine wirkliche Bergpolitik. Die Alpenkonvention versucht, diese Kluft zu überbrücken.

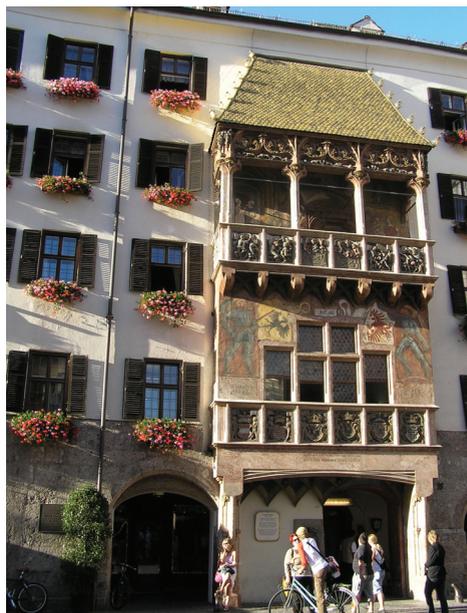
Im Juni wurde von der Europäischen Kommission ein Grünbuch über den Klimawandel verabschiedet. Eine Konsultationsphase wurde bis zum 30. November durchgeführt, bei der die Wichtigkeit hervorgehoben wurde, dass sich die Stakeholders der Alpen bei Beratungen Gehör verschaffen sollen, damit die Thematik der Berggebiete in Brüssel stärker berücksichtigt wird. Die Anpassung an den Klimawandel ist ein wichtiges Beispiel: Die Alpen sind ein natürliches Frühwarnsystem für negative Änderungen und ein Labor zur Umsetzung von Anpassungsstrategien, unter ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten. Dieses Labor kann ganz Europa oder sogar der ganzen Welt zugute kommen.

Anschrift des Verfassers

Dr. Marco Onida
Generalsekretär der Alpenkonvention
Herzog-Friedrich-Strasse 15
A – 6020 Innsbruck

<http://www.alpconv.org>

Das Ständige Sekretariat der Alpenkonvention befindet sich seit 2003 im Gebäude des Goldenen Dachl in der Innsbrucker Altstadt, welches als Wahrzeichen der Stadt gilt.
(Foto: Archiv der Alpenkonvention)



Deklaration zum Klimawandel¹

Die Alpenkonferenz anknüpfend an den Beschluss der VIII. Alpenkonferenz zu den Naturgefahren; stellt mit Besorgnis fest, dass sich der globale Klimawandel auf den Alpenraum in besonderem Maße auswirkt. Die durchschnittliche Temperaturerhöhung seit der vorindustriellen Zeit liegt in diesem Gebiet deutlich über dem globalen Schnitt. Bereits heute zeigt sich dies durch die Zunahme der Gefährdung durch Naturgefahren oder als sichtbarer Effekt in Form des fortschreitenden Abschmelzens der Gletscher und des Auftauens des Permafrosts; hält fest, dass nach den von der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft gelieferten Klimaszenarien bis 2100 im Alpenraum mit erheblichen klimatischen Veränderungen gerechnet werden muss; fordert weiterhin mit Nachdruck die weltweite Umsetzung der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls sowie die Festlegung ambitionierter Treibhausgas-Reduktionsziele für die Periode nach 2012 im Hinblick auf die notwendige Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert und der Anstieg der globalen Oberflächentemperatur im Sinne der Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates vom 22./23. März 2005 auf höchstens 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt wird; weist angesichts des künftig fortschreitenden Klimawandels darauf hin, dass für den Alpenraum geeignete Strategien und Aktivitäten zur Anpassung an die sich aus der Klimaveränderung ergebenden Folgen zu entwickeln sind, die das "Five-year programme of work on impacts, vulnerability and adaptation to climate change" unter dem UN-Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen sowie das Europäische Klimaschutzprogramm (ECCP) berücksichtigen, auch auf einzelne Sektoren ausgerichtet sind und regionale Besonderheiten, Erfordernisse und Kapazitäten für eine Anpassung einbeziehen; erachtet Anstrengungen zur Förderung von internationalen Forschungsinitiativen als notwendig, um ein verbessertes Verständnis über die Auswirkungen der Klimaänderung auf den Alpenraum zu erreichen (u. a. auf Landnutzung, Landnutzungsänderungen, auf den Wasserhaushalt mit dem prognostizierten gehäuftem Auftreten von Extremniederschlagsereignissen und Dürreperioden und die Konsequenzen für die Vitalität des Bergwaldes) und damit die Basis für die Ableitung bzw. Umsetzung effektiver Anpassungsstrategien zu schaffen, die über geeignete und gemeinsam getragene "Capacity Programme" auf andere Gebirgsregionen der Welt mit vergleichbaren Fragestellungen übertragen werden können; fordert die Alpenstaaten und die EG auf, nachfolgende Handlungsempfehlungen zur Vermeidung eines weiter fortschreitenden Klimawandels und zur Anpassung daran im Rahmen der nationalen Politiken und in der gemeinsamen Alpenpolitik zu verankern:

1. Vermeidung eines weiter fortschreitenden Klimawandels durch entsprechende Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und der Förderung der Absorption von Treibhausgasen, insbesondere durch

- die Verbesserung der Energieeffizienz und die Nutzung bestehender Energiesparpotentiale,
- verstärkte stoffliche Verwendung von heimischen nachwachsenden Rohstoffen (z.B. Holz) und die erhöhte Nutzung erneuerbarer Energien im Alpenraum,
- die Förderung des energiesparenden Bauens und der Sanierung von Gebäuden zum Zweck der Energieeinsparung,
- eine umweltverträgliche Verkehrs-, Siedlungs- und Landschaftsplanung und Maßnahmen für eine umweltverträgliche Entwicklung des Straßenverkehrs,
- Förderung von treibhausgasarmen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden einschließlich der biologischen Landwirtschaft,
- Förderung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung.

2. Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels durch Entwicklung von konkreten Strategien zur Einbindung der Anpassungsmaßnahmen in die Sektorpolitiken, Sicherstellung der organisatorischen, gesetzlichen und adäquaten budgetären Rahmenbedingungen, Implementierung neuer oder Intensivierung aktueller Maßnahmen, Bewusstseinsbildung und zielgerichtete Forschung, insbesondere

- Rasche Erarbeitung von Vorschlägen für geeignete, zusätzliche zukunftsfähige Maßnahmen in besonders betroffenen Wirtschaftszweigen, wie Land- und Forstwirtschaft sowie Tourismus und Verkehr
- Integrales Risikomanagement zur Prävention und Reaktion auf das verstärkt zu erwartende Auftreten von Naturgefahren
- Sicherstellung einer an das Gefährdungspotential durch Naturgefahren sowie an die sich verschiebenden Vegetationszonen angepassten Flächennutzung und Abstimmung raumplanerischer Maßnahmen auf die Verringerung des Gefährdungs- und Schadenspotentials
- Untersuchungen zur Abschätzung möglicher Rückwirkungen von geplanten Anpassungsmaßnahmen auf das System "Alpen" und die darin lebenden Menschen
- Frühwarnsysteme, Notfallplanung und integriertes, wo erforderlich grenzüberschreitendes Katastrophenmanagement, Anpassung an Großereignisse sowie Aufbau von entsprechenden Schadensabgeltungslösungen für größere Risiken
- Förderung der Gefahrenkenntnis und des Gefahrenbewusstseins durch Information und Partizipation der Bevölkerung (aus Betroffenen Beteiligte machen)
- Schutz und Sanierung des Bergwalds zum Schutz der Böden und der Verbesserung des Schutzes vor alpinen Naturgefahren, intensivierte Anstrengungen zum Erhalt, zur Pflege und wo nötig zur Sanierung von Schutzwäldern im Gebirge
- Strategien zur Anpassung an die Änderungen im Wasserhaushalt mit der vorhergesagten Häufung von Extremniederschlagsereignissen und Dürreperioden sowie zur Lösung von Zielkonflikten in der Wassernutzung
- Austausch von Informationen über Anpassungsstrategien und -maßnahmen und Austausch über Erkenntnisse zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Alpenraum sowie zu deren Umsetzung unterstreicht, dass die Organe der Alpenkonvention in Zusammenarbeit mit ihren Partnern die Problematik, die Ursachen und die Konsequenzen des Klimawandels in allen ihren Aktionen berücksichtigen werden. Insbesondere ergreift die Alpenkonferenz zu diesem Thema zwei längerfristige Initiativen:
- Die Plattform Naturgefahren beschäftigt sich im Rahmen ihres Mandats mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit von Menschen, Siedlungen und Infrastrukturen.
- Im Rahmen der Umsetzung des Mehrjährigen Arbeitsprogramms und der hierzu von ISCAR erarbeiteten Forschungsagenda wird dem Thema Global Change und den Möglichkeiten der Anpassungen an die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt besondere Priorität eingeräumt.

¹Die Deklaration wurde von der 9. Alpenkonferenz in Alpbach / Tirol im November 2006 verabschiedet.